

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag 11, Hrabšova n. m. 22. Einverständnis 70 Heller. Preis: 100 Heller monatlich. Bei Bestellung im Voraus oder bei Bezug durch die Post monatlich 180 - Kz. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Vierteljährlich 480 - Kz., halbjährlich 960 - Kz., jährlich 1920 - Kz. Für Deutschland 180 - Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

### Handlanger des Imperialismus.

„Dadurch, daß wir nicht vom ersten Augenblick an ganz offen und klar von der Kriegspolitik des tschechischen Imperialismus abtrüben, mußten wir selbstverständlich die Segel der tschechischen Nationalen blähen.“ (Vorwörter (Reichenberg) vom 9. November 1921.)

In dem fünfjährigen Kriege, den wir durchgemacht haben, unterschieden sich die beiden kämpfenden Teile dadurch voneinander, daß die Deutschen und Oesterreicher für „Kaiser und Reich“ ins Feld zogen, während die Staatsmänner der westlichen Demokratie genötigt waren, die militärischen Kräfte ihrer Nationen dadurch zu wecken, daß sie Parolen und Kriegsziele aufstellten, die die Massen fesseln und begeistern konnten. Diese Parolen waren die Befreiung der Welt vom deutschen „Kaiserismus“, wie man in Frankreich und England sagte und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der unter der Herrschaft der Habsburger geknechteten Nationen des alten Oesterreich-Ungarn. Diese Parole des Selbstbestimmungsrechtes erwies sich als so stark, daß ihr sogar das offizielle Oesterreich, freilich in größter Eile, Konzessionen machen mußte und die Verleihung der staatlichen Selbstständigkeit den Nationen Mitte Oktober 1918 zusagte. Ebenso beriefen sich auf das Selbstbestimmungsrecht nicht nur Wilson und Lloyd George, sondern in den denkwürdigen Tagen der Friedensverhandlungen von West-Berlin, als der Vertreter des russischen Proletariates Trotsky den feudalen Diplomaten Czernin und Kühlmann gegenübertrat, auch die Bolschewiki und es übte auf die ganze Welt einen gewaltigen Eindruck aus, als die russischen Staatsmänner innerhalb ihres Reiches das Selbstbestimmungsrecht tatsächlich durchführten und den Arbeitern einzelner Völker die nationale Freiheit gaben, ganzen Gebieten des russischen Reiches die Loslösung gestatteten. In der Blütezeit ihrer Revolution waren die Bolschewiki die konsequentesten Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen. In den ersten Tagen der russischen Freiheit gab der Theoretiker der kommunistischen Partei Bucharin eine Schrift heraus, betitelt: Programm der Kommunisten (Bolschewiki), in der über die nationale Frage klar und eindeutig gesagt wird:

„Damit unter den verschiedenen Teilen des Proletariats brüderliches Vertrauen bestünde, verkündet das kommunistische Programm das Recht der werktätigen Klassen jeder Nationalität auf vollständige Selbstbestimmung. Das heißt soviel wie, daß der russische Arbeiter, sobald er die Macht erlangt hat, zu den Arbeitern der anderen Nationalitäten, die in Rußland leben, sagt: „Genossen! Wenn ihr nicht an unserer Sowjetrepublik teilnehmen wollt, wenn ihr durch Organisation von Sowjets eine eigene Republik haben wollt — so könnt ihr Euch von uns trennen. Dieses Recht erkennen wir Euch vollkommen zu. Und wir wollen Euch keinen Augenblick mit Gewalt zurückhalten.“ Selbstverständlich läßt sich nur durch eine solche Taktik das Vertrauen des Proletariats als Ganzes gewinnen. Stellen wir uns in der Tat vor, was nun wäre, wenn die großrussischen Arbeiterräte mit Gewalt irgendwelche Teile der Arbeiterklasse anderer Nationen bei sich behalten wollten und die anderen mit bewaffneter Hand sich wehren würden. Das würde natürlich einen vollkommenen Zerfall der gesamten proletarischen Bewegung, eine völlige Zerschlagung der Revolution bedeuten. So darf man nicht handeln, denn, wir wiederholen, nur im brüderlichen Bund der Proletarier liegt das Siegespfad.“

Die sozialistischen Parteien aller Nationen, verflochten auf der Berner internationalen Sozialistenkonferenz im Jahre 1919 das Selbstbestimmungsrecht und Reibich, ging in der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht am weitesten, indem er dessen Verwirklichung für die deutsche Bevölkerung Böhmens mit Waffengewalt erkämpfen wollte.

### Der Vertrag mit Polen. Garantie der Neutralität. — Neutralität im Kriegsfall.

#### Handelsvertrag.

Warschau, 9. Oktober. (Tsch. B.) Der tschechoslowakisch-polnische Vertrag enthält folgende Bestimmungen:

1. Beide Staaten garantieren einander gegenseitig ihre Integrität auf Grund der Verträge, denen sie ihre Unabhängigkeit und ihr Bestehen verdanken.
2. Falls einer der beiden Staaten von einem seiner Nachbarn angegriffen wird, verpflichten sich beide Staaten gegenseitig zu wohlwollender Neutralität unter Bestattung der freien Durchfuhr von Kriegsmaterial.
3. Polen erklärt sich in der slowakischen, die Tschechoslowakei in der polnischen Frage für uninteressiert. Beide Staaten verpflichten sich, auf ihren Gebieten alle Organisationen, die eine gewaltsame Fortsetzung von Bestanden des anderen Staates anstreben, aufzulösen und eine diesbezügliche Wirksamkeit zu unterdrücken.
4. Beide Teile werden von Verträgen, die einer der beiden Teile mit dritten Mächten abschließt, in Kenntnis gesetzt werden.
5. Handelsvertrag.
6. Eventuelle Streitfälle werden einem Schlichtergericht unterbreitet.

Kein diesem Vertrage zuwiderlaufendes Abkommen darf von einem der beiden vertragschließenden Teile mit einem anderen Staate abgeschlossen werden. Der Vertrag gilt für fünf Jahre. Unabhängig von diesem politischen Vertrage beschließen die beiden Staaten, für das Gebiet von Teschen, Rips und Arma eine besondere Delegation zu schaffen, die mit großen Vollmachten ausgestattet, die Angelegenheiten dieser Gebiete in gerechter Weise zu regeln haben wird. Die Delegation besteht aus einer polnischen und einer tschl. Delegation, die auf ihren Staatsgebieten die gemeinsam gefassten Beschlüsse zur Ausführung bringen werden.

(Dieser Vertrag ist von großer politischer Bedeutung: er gestattet Polen die Durchfuhr von Kriegsmaterial durch die Tschechoslowakei im Kriegsfall. Wenn also Polen Krieg gegen Rußland oder Deutschland führen sollte, würde die Tschechoslowakei eine sehr „wohlwollende Neutralität“ beobachten. Ueber diesen Vertrag wird wohl noch im Parlament gesprochen werden. D. Red.)

### Proklamierung des Generalstreiks in Rom.

Rom, 10. November. (Sabas.) Die Arbeitskammer hat gestern nach Zusammenstoßen von Tagelohn mit Eisenbahnern den Generalstreik angeordnet.

Rom, 10. November. (Stefani.) Trotz des von der Arbeitskammer angeordneten allgemeinen Ausstandes verkehren einige Züge. Fast sämtliche Geschäfte sind gesperrt. Der

Verkehr der öffentlichen Dienstzweige wird sich in normaler Weise ab.

Rom, 10. November. (Sabas.) Die „Croce“ meldet: Nach Proklamierung des Generalstreiks verließen die Streikenden das Volkshaus und strömten in Massen nach dem Stadtzentrum. Sie wurden von Kavallerie zerstreut. Der Typographenbund hat den Streik auf die Zeitungen ausgedehnt.

### Die Zerstörung der deutschen Werke.

Eine Interpellation im Deutschen Reichstage.

Berlin, 10. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Der Reichstag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Interpellation der Sozialdemokraten über die deutschen Werke, deren teilweise Zerstörung von der Entente angeordnet ist. Die deutschen Werke sind Reichsbetriebe, die früher Kriegsmaterial herstellten, jetzt aber auf die Erzeugung von Friedenswaren umgestellt worden sind. 36.000 Arbeiter werden darin beschäftigt. Die Anordnung der Entente-Kommission ist umso unverständlicher, als alle Einrichtungen und Maßnahmen von ihr vorher genehmigt worden sind. Abgeordneter Koch, der die Interpellation begründet, nennt diesen Angriff eine unerhörte Verneinung. Gerade in einer Zeit, in der der Not und Arbeitslosigkeit zu

rechnen sei, muß man solche Anordnungen als Wahnsinn bezeichnen. Reichsminister Bauer konnte weitere Einzelheiten über die angeordnete Zerstörung mitteilen. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Vorkonferenz die Maßnahmen der Kommission ausheben werde. Es bestand eine allgemeine Uebereinstimmung über das Unrecht, das damit an Deutschland gebracht wird. Die Deutschnationales brachten es aber auch bei dieser Gelegenheit fertig, die Schuld daran in der angeblichen Schwäche der jetzigen Regierung zu suchen. Von der Gegenseite wurde ihnen aber deutlich zu verstehen gegeben, daß all das, was das deutsche Volk jetzt zu leiden hat, nur eine Folge der wahnsinnigen Politik des alten Regimes sei.

Aber so wie die Kommunisten seit 1917 eine Forderung nach der anderen haben lassen, so wie sie in Rußland von der staatssozialistischen Bewirtschaftung der Lebensmittel zum freien Handel mit Bodenprodukten, von der Verwaltung der Industrie durch Arbeiterräte zur Verpachtung der Unternehmungen an Privatpersonen, von der Abschaffung des Geldes zu dessen Wiedereinführung geschritten sind, so verleugnen sie die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Die russischen Kommunisten haben die Republik Georgien überfallen und den Willen der Arbeiter Georgiens durch die Rote Armee gebrochen. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen war dem russischen Imperialismus erlegen. Und auch die kommunistischen Parteien Westeuropas

haben sich von der prinzipiellen Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht zur opportunistischen Anerkennung der bestehenden Staaten Europas „weiterentwickelt“. Die deutsche Abteilung der kommunistischen Partei in der tschechoslowakischen Republik, die sich auf ihre Prinzipientreue besonders viel zugute getan hat, hat zunächst aus rein opportunistischen Gründen die Augen vor dem nationalen Problem verschlossen. In dem Reichsberger Nationalprogramm vom März 1921 haben die deutschen Kommunisten die Forderung der nationalen Frage in der bürgerlichen Gesellschaft als eine Unmöglichkeit erklärt und die Lösung des Problems bis zu der Zeit verschoben, da „die Diktatur des Proletariats“ verwirklicht ist. „Und so wie es in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung

keine wirtschaftliche und politische Freiheit geben kann“, heißt es in dem Programm, „kann es auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung keine nationale Freiheit und Selbstständigkeit geben.“ Was in diesem Satz richtig ist, haben wir Sozialdemokraten schon seit Jahrzehnten gesagt, daß nämlich erst der Sozialismus aller nationalen Unterdrückung ein völliges Ende bereiten kann. Aber das erhebt uns nicht der Pflicht die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht zu erheben und für sie zu kämpfen. Auch die Kommunisten treten für Forderungen ein, deren Verwirklichung an den bestehenden Machtverhältnissen eines kapitalistischen Staates scheitern muß. Weil eine Forderung nicht unmittelbare Aussicht auf Erfüllung hat, die Flinten ins Korn zu werfen, geziemt am allerwenigsten einer revolutionären Arbeiterpartei. Die Kommunisten benötigen die Wahrheit von der Unvollkommenheit der Lösung der nationalen Frage innerhalb der kapitalistischen Ordnung lediglich dazu um jeder Stellungnahme zur nationalen Frage in der Gegenwart aufzuweichen, um dem Herrn Schmeral das Spiel möglichst leicht zu machen und durch die absichtliche Vertennung der kulturellen Forderungen der deutschen Arbeiterschaft für Herrn Schmeral bündnisfähig zu werden. Dazu kommt noch, daß die russische Außenpolitik inzwischen zur Anerkennung des ganges in den Friedensverträgen von 1919 anerkannten europäischen Systems gelangte und die kommunistischen Parteien dahin veranlaßte ihren Frieden mit den bestehenden Staatsgrenzen zu machen.

Um aber den Wechsel in den Anschauungen von Reichs Schützengräben am Tscheken bis zur Beteiligungschaft mit Schmeral zu vermeiden, machen die deutschen Kommunisten im Reichsberger Programm eine, wenn auch widerwillige Verbeugung vor dem Selbstbestimmungsrecht, indem gesagt wird, daß „die Lösung des Selbstbestimmungsrechtes im Grunde der Bourgeoisie eine leere Phrase“ ist, woraus die Folgerung gezogen werden kann, daß nur das Proletariat ehrlich die Fahne des Selbstbestimmungsrechtes aufpflanzen kann. Aber jetzt kommt der Pferdeschuh, die Kommunisten können nicht für das Selbstbestimmungsrecht kämpfen, weil „die Sache der proletarischen Revolution in Europa kompliziert und geschädigt“ werden könnte, „durch die Aufwerfung staatlicher Grenzfragen“. Die Kommunisten wollen die Welt erobern, sie haben bis zum Ueberdruß von der entschlossenen Minderheit geredet, die alles gewinnen könne, wenn sie alles wage, keine Aufgabe ist ihnen groß genug, die sie nicht lösen könnten, — insbesondere in Aufrufen — aber „die Aufwerfung staatlicher Grenzfragen“ fürchten die Verbündeten Schmerals wie das gebrauchte Kind das Feuer. Alles wollen die Kommunisten machen, nichts ist ihnen heilig — nur die Grenzen der tschechoslowakischen Republik. Dies ist in Wahrheit nicht nur eine opportunistische sondern geradezu eine reaktionäre Politik. Der Standpunkt einer revolutionären Arbeiterpartei in der europäischen Politik kann nur die Nichtanerkennung der Gewaltfriedensschlüsse von Versailles und St. Germain sein.

Der Geist des Opportunismus, das Verlassen der prinzipiellen Grundlagen des Sozialismus war es, daß die beiden Abteilungen, die deutsche und die tschechische zusammengeführt hat. Schon auf dem Prager Parteitag im Herbst 1920 sprach Schmeral mit frommen Augenaufschlag von der Integrität der Grenzen der tschechoslowakischen Republik und auf dem Vereinigungsparteitag in Prag vor wenigen Tagen hat Reichs, der grimmige Dämon der Demokratie, der Todfeind der bestehenden Ordnung ein Loblied auf die tschechoslowakische Republik gesungen, die doch um so vieles besser sei als das alte Oesterreich, in der es vor allem mehr „Bewegungsfreiheit“ gebe als in der 1918 auf-

mengebrochenen Monarchie. Wir brauchen nicht zu betonen, daß auch wir die demokratische Republik gegenüber der feudalen Monarchie für einen geschichtlichen Fortschritt halten, aber daß es gerade die Kommunisten sind, welche der bürgerlichen Republik das Preislied singen, wird jeden wundernehmen — der eben nicht die Wandlungsfähigkeit des Führers der deutschen Kommunisten in diesem Staate kennt.

Im kommunistischen Manifest, auf das sich die Kommunisten so gern berufen, heißt es, daß der Proletarier kein Vaterland habe und das Reichenerberger Programm vom März 1921 wiederholt diesen Satz: „Wir Kommunisten kennen kein Vaterland, das von Grenzpfählen umschlossen ist“. So beteuerte Kreibich im Frühjahr 1920. Aber als der Herbst desselben Jahres ins Land gekommen war, da setzte sich der Vielgewandte hin und schrieb einen Artikel in die Aufferger kommunistische Zeitschrift „Mas Zvezda“, in der er nach dem Titel der „Československá Republika“ sagt, daß die Politik der deutschen Kommunisten in der tschechoslowakischen Republik auf der Anerkennung der Grenzen dieses Staates und auf dem Bekenntnis zu ihm beruht. Nun sage man uns, ob es nicht Opportunismus ist, wenn revolutionäre Kommunisten ein so feierliches Bekenntnis zum bürgerlichen Staate ablegen. Monatelang haben sie die Demokratie geschmäht, um sich schließlich, nicht aus Ueberzeugung sondern aus tatsächlichen Gründen, zur demokratischen Republik zu be-

kennen. Im Frühjahr hatte Kreibich noch kein Vaterland, Arm in Arm mit Schmeral hat er es gefunden!

Auch eine oppositionelle Partei kann der bestehenden Regierung große Dienste leisten. Diesen großen Dienst hat Schmeral dem tschechoslowakischen Staatsgedanken und damit auch der allnationalen Koalition geleistet. Er hat die deutsche kommunistische Abteilung seiner Partei einverleibt und sie zur Anerkennung der bürgerlichen Republik gebracht. Einen ärgeren Verfall als den der deutschen kommunistischen Partei und ihres Führers Kreibich kann man sich nicht denken: Mit den Waffen in der Hand wollte Kreibich die deutsche Arbeiterschaft befreien, als tschechoslowakischer Patriot, als Handlanger des tschechischen Imperialismus hat er — bei Kreibich muß man immer sagen, vorläufig — geendet. Die tschechischen Regierungsmänner werden über die Erkenntnis der deutschen Kommunisten, daß die Aufwerfung von staatlichen Grenzfragen die soziale Frage kompliziert, keine Freude empfinden. Die revolutionären Phrasen der Kommunisten, an deren Ehrlichkeit man noch auf dem Parteitag in Karlsbad glauben konnte, haben nur noch den Zweck, den Schmeralschen Opportunismus vor den deutschen Arbeitern Böhmens, die schon im alten Oesterreich durch ihre Prinzipienfestigkeit bekannt waren, zu verdecken, die deutschen kommunistischen Arbeiter zu Anhängern der tschechischen Politik zu machen.

Die neue geistliche und unser Prestige im Ausland zu heben verstanden hat. (?)  
 Abg. Schweichhart (deutsch. Soz.-Dem.) befaßt sich mit der Tätigkeit des Bodenamtes. Die gesamte Bodenreformgesetzgebung trage die Spuren ungelöster Kompromisse an sich und entspreche nicht den Wünschen der Sozialdemokraten. Die politischen Tendenzen derselben schädigen die sachliche Seite des Reformwerkes. Er stellt den Antrag, daß die Bodenreform nach sozialistischen Prinzipien umgearbeitet und das Bodenamt der direkten Kontrolle des Parlamentes unterstellt werde.

In der Nachmittags-Sitzung sprachen die Abgeordneten Dr. Hajn (Nat.-Dem.), Warmbrunn (Komm.), Binovec (tsch. Soz.-Dem.), Mordracel, Sontag (tsch. Agrar.), Böllmann (deutsch. Agrar.), der Präsident des staatlichen Bodenamtes Dr. Wschlovsky, Abg. Horal (Gewerbetreibend.), Bobel (deutsch. Christlich-Soz.), Bobol (tsch. Agrar.) und Vaeran (deutsch. Nat.).

Erwidern des Ministerpräsidenten.  
 Dr. Beneš geht auf die Rede einiger Abgeordneter ein, erklärt, Ausnahmeverfügungen

seinem Versprechen gemäß nach Maßstäben außer Kraft zu setzen. Das Geld für die Propaganda sei nicht hinausgeworfen. Er äußert geradezu seine Bewunderung für das korrupte deutschgeschriebene Regierungsbüro „Prager Presse“, weiters erklärt der Ministerpräsident es für eine Notwendigkeit aus technischen und internationalen Gründen, daß die Mobilisierung nicht auf einmal durchgeführt werde. Die Behauptung, daß wegen der Falschburger Güter durch das Ausland interveniert worden sei, weist er zurück. Er rechtfertigt Differenzen in der Berichterstattung des tschechischen Pressbüros und der Nachrichtenstelle des Ministeriums des Auswärtigen, äußert sich über die Reform des Konsulatswesens. Der Ministerpräsident gibt die Ungerechtigkeit mancher Verhaftungen in der Slowakei anlässlich der Mobilisierung zu, erklärt aber, daß das Unrecht wieder gutgemacht werde. Zum Schluß erklärt er den Friedenwillen des Staates.

Hierauf sprachen der Vorstand der Pressabteilung Ebl, der Abg. Kremen (tsch. Agrar.) und zum Schluß der Sitzung der Referent Abg. Nemeš (tsch. Soz.-Dem.)

## Ungarns Verständigung mit der großen Entente.

Königswahl nur mit Zustimmung der Volschafsterraten. — Bekämpfung jeder legitimistischen Agitation.

Budapest, 10. November. (M. T. N. B.) Samstag überreichten die Budapest Vertreter der Ententehauptmächte im Auftrage des Pariser Volschafsterrates der ungarischen Regierung eine Note, worin mitgeteilt wurde, daß der auf die Abhebung der Habsburger-Dynastie bezügliche ungarische Gesetzentwurf zu Mißverständnissen Veranlassung gebe, sobald unter solchen Umständen die Abrüstung der Kleinen Entente nicht erwartet werden könne. Gleichzeitig wies die Note auf die Notwendigkeit hin, daß die Entscheidung der Nationalversammlung eine vollständig präzise sein müsse und keine Möglichkeit zu der Vermutung sühne dürfe, daß sich Ungarn der Gültigkeit der vollständig klaren Entscheidungen der Großmächte zu entziehen beabsichtige, welche alle Habsburger von dem Rechte, den ungarischen Thron zu besteigen, ausgeschlossen haben. Die ungarische Regierung hat auf Grund dieser Ermahnung des Pariser Volschafsterrates noch am selben Tage in einer Note geantwortet und darauf hingewiesen, daß sich der ungarischen Regierung im Rahmen des § 3 des Habsburgergesetzes die Möglichkeit biete, dem jetzt zum Ausdruck gebrachten Wunsche der Großmächte Genüge zu leisten. Der § 3 des Gesetzes weist nämlich die ungarische Regierung an, im geeigneten Zeitpunkte Vorschläge zwecks Befreiung des ungarischen Thrones zu machen. Die ungarische Regierung verpflichtet sich, dem Beschlusse des Volschafsterrates, der die Restauration der Habsburger unterlag, sich zu fügen und ohne Zustimmung der in der Volschafsterratskonferenz vertretenen Mächte in der Frage der Königswahl keine Verfügungen zu treffen. Die ungarische Regierung erklärt schließlich in ihrer Note, daß sie zur Wahrung

des im Gesetze gewährleisteten Initiativrechtes der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf unterbreiten werde, worin sie zur Anwendung von Strafmaßnahmen gegen jede propagandistische Organisation, die mit Obigem im Widerspruch steht, ermächtigt wird. — Laut einer Meldung der Agence Havas hat sich der Pariser Volschafsterrat mit dieser Erklärung der ungarischen Regierung vollständig zufrieden gegeben. Die Budapest Vertreter der Entente-Hauptmächte haben dem Minister des Auswärtigen Grafen Banffy eine in ähnlichem Sinne gehaltene Erklärung abgegeben. (Die große Entente bewährt auch hier wieder ihr von reaktionären Absichten geleitetes Entgegenkommen gegen Ungarn. Denn die Grafenregierung hat es nun pflichtlich dahin gebracht, daß aus einem alle Habsburger beseitigenden, feierlich verbindenden Verfassungsgesetz eine ungreifbare, mit einer Demission abgetane Verpflichtung der Regierung wird, und die Volschafsterratskonferenz sagt freudig Amen. Der Rückhalt, welchen die kleine Entente an ihrem hohen Gönner gefunden hat, darf die Herren Beneš und Paříšký zu reiflichem Nachdenken anregen und desgleichen die Arbeiter, denen man, freilich erfolglos, eine endgültige Befreiung der Habsburgergefahr als Ergebnis der Mobilisierung hat einreden wollen. D. Red.)

### Die Burgenlandbanditen.

Wien, 10. November. Die „Arbeiterzeitung“ meldet aus dem Burgenland, daß die Ungarn eine neue Gegenwehr planen, wenn die Oesterreicher im Burgenland einmarschieren sollten, um sie zum neuerlichen Verlassen des Landes zu zwingen. In einzelnen Ortschaften wurden bewaffnete Banditen zurückgelassen, die den Nachrichtendienst besorgen. An den Grenzen stehen Banditen und reguläres Militär. Der Hauptort der Truppen- und Freischärlerkonzentrationen ist Steinamanger.

## Inland.

Die „Narodni Demokracie“, dieses Spezialorgan für Volksverhetzung, das sich die „Narodni Listy“ geschaffen haben, damit es für die tschechische Kapitalistenklasse die schmutzigste chauvinistische Demagogie betreibt, die selbst den „Narodni Listy“ zu schäbig ist, trachtet, da es sein eigentliches Geschäft ist, es nicht zu einem friedlichen Zusammenleben der Völkervölker dieses Staates kommen zu lassen, alle Bestrebungen, welche die vergiftete nationaltschechisch-chauvinistische Atmosphäre reinigen könnten, bei seinen Lesern verdächtig zu machen. Daher wendet es sich in seinem donnerstägigen Leitartikel gegen die gewiß gutgemeinten Publikationen des Professor Ruzicka „Deutsche Politiker an das tschechische Volk“, deren Zweck es offenbar war, die zwischen den streitenden Parteien herrschende Spannung zu mildern und seiner künftigen sachlichen Auseinandersetzungen den Weg zu bereiten. Dabei will sich das zitierte Schmutzblatt „literarisch“ gebärden und ruft sogar Magister Hus zum Zeugen seiner Verhetzung an. Nur daß der von ihm zitierte Spruch: „daß sich eher die Schlange am Eisen erwärmt, als daß der Deutsche dem Tschechen wohlwilt“, jedes Schulkind, das sich mit der tschechischen Literatur beschäftigt, wohl weiß, gar nicht von Hus herrührt, sondern aus einer älteren tschechischen Legende, dem „Jidas“ stammt. Er scheut sich also nicht, in frivoler Weise den Namen Hus für seine niedrigen Zwecke zu mißbrauchen. In der gleichen Nummer begeißelt die „Narodni Demokracie“ auch noch unser Blatt, bloß deshalb, weil wir die programmatische Einleitung zu ihrer neuen Beilage, dem „Minoritätenblatt“ einfach registriert haben. Dieser Ausschrei ist offenbar eine Reaktion des bösen Gewissens, denn auch dem tschechischen Nationalisten müßte es doch dämmern, daß er mit dem länderigen Bedingen der Gewalt

die Grundlagen des Staates untergräbt, ganz abgesehen davon, daß er auch für die Tschechen aus diesem Staat — der für alle seine Bewohner ein wohlhabendes Gemeinwesen werden könnte — durch die reaktionäre Rolle die er ihnen zugewiesen wissen will, indem er sie am liebsten als Henker jeder freien Regung und als Blutsauger der nichttschechischen Völker sehen möchte, eine Hölle macht.

Allgemeine Demobilisierung und sofortige Aufhebung des Standrechts! Die Abgeordneten Genossen Taus, Uhl, Schweichhart und Deutsch haben gestern folgenden Antrag überreicht: Die Regierung wird aufgefordert, die allgemeine Demobilisierung sofort anzuordnen und das über die Slowakei und Karpathonien sowie den Bezirk Graslitz verhängte Standrecht unverzüglich aufzuheben.

Wenn werden die Unterhaltsbeiträge ausbezahlt. Von allen Seiten laufen Klagen ein, daß die karglichen Unterhaltsbeiträge für die Familien der Eingezogenen nicht bemessen und nicht ausbezahlt werden. Die armen Familien leben im tiefsten Elend. Abgeordneter Genosse Taus machte im Budgetausschuß den Minister des Innern aus die Grausamkeit, die in dieser Uebung der ihm unterstellten Behörden liegt, besonders aufmerksam. In seinen längeren Ausführungen wies Genosse Taus auch auf die Zensurpraxis hin, forderte die Aufhebung des Trügelpatentes und verlangte die Ausschreibung der Militär- und zivilen Arbeiter erklärte er, der Ertrag der staatlichen Grunderwerbungen müsse möglichst erhöht werden, schon deshalb, damit die bürgerlichen Parteien in dem sinkenden Ertrag der Grunderwerbungen keine Waffe gegen den Sozialismus erblicken. Zum Schluß unterzog er die Untätigkeit des Unifikationsministeriums einer eingehenden Kritik.

Damit die Frauen ihren Männern nicht durchbrennen? Im allgemeinen bürgerlichen Gesehbuch aus dem Jahre 1911 heißt es: Die Frau hat dem Manne nach seinem Wohnort zu folgen. Dieser Paragraf ist scheinbar den tschechoslowakischen Behörden noch zu wenig verfaßt und sie legen ihn bei der Erstellung eines Passes an eine Frau so aus, wie etwa

## Weitere Spezialdebatte im Budgetausschuß.

### Innere Verwaltung.

In der Mittwoch-Nachmittag Sitzung des Budgetausschusses verfuhrte der Minister des Innern Cerny das herrschende System und seine Vertreter lobend zu rechtfertigen. „Unser Bestreben ist es“, sagte der Minister, „ohne Ansehung der politischen und nationalen Zugehörigkeit uns nur von gesetzlichen Bestimmungen leiten zu lassen.“ Der Geist der Verwaltung ist gut und daß ihre Leistungen auch gut sind, haben die Mobilisierungstage bewiesen.

Die politische Beamenschaft und die Gendarmerie haben die schwerste Pflicht vom ersten Tage der Mobilisierung an in glänzender Weise erfüllt. In Besprechung der bezüglich der Gendarmerie vorgebrachten Wünsche und Beschwerden erklärt der Minister, daß bei der Gendarmerie nationale Rückfragen bei Anwesenheit, Verletzungen usw. absolut keine Rolle spielen. Die Gendarmerie ist zwar teuer, aber eben deshalb müsse sie ein vorzügliches Korps darstellen. Die Gendarmerie hat eine besondere von der österreichischen verschiedene Organisation. Sie ist militärisch organisiert, untersteht den Militärbehörden und infolgedessen darf kein Gendarm Mitglied eines politischen Vereins sein und auch anderen Organisationen ohne Erlaubnis der Vorgesetzten nicht angehören. Dies ist unbedingt notwendig. Das Gegenteil wäre ein gefährliches Experiment.

Eine Organisierung der Gendarmerie nach politischen oder nationalen Gesichtspunkten kann nicht zugelassen werden. Was die Konfiskationspraxis anbelangt, ist dies eine so schwierige und heikle Agenda, daß man da nicht jedem gerecht werden kann, aber wenn die Mobilisierung ohne Anwendung von Ausnahmemaßregeln (wobei in der Slowakei und in einigen Orten Deutschböhmens Standrecht verhängt und das Verbot des Ueberlandtelegraphen und das Kriegsleistungsgesetz wieder erlassen wurde. D. Red.), ein Umstand, der bei der Mobilisierung kaum je anzutreffen ist, so ist dies ein gutes Zeichen und zeigt, daß die Bevölkerung zufrieden ist. Was Graslitz anbelangt, war das Militär zum Waffengebrauch leider gezwungen und die Opfer der traurigen Ereignisse werden in sehr benevolenter Weise entschädigt werden.

### Programm der inneren Verwaltung.

Wir wollen eine gute, rasch funktionierende, prompte Verwaltung schaffen und die Vorbereitung für die künftige Neuorganisation der politischen Verwaltung treffen, namentlich für die Gauerfassung, welche zunächst in der Slowakei, dann auch in den übrigen Ländern durchgeführt werden wird. Die politische Beamenschaft ist bestrebt, im Geiste der Bevölkerung zu wirken und deren Wünschen entgegenzukommen.

### Wasserstraßen.

Minister Tuemh sprach unter anderem über den Ausbau der Wasserstraßen. In Hamburg und Stettin wurden der Republik in den Häfen besondere Zonen zuerkannt und es wird nun auch versucht, in Galatz und Braila dasselbe zu erreichen. Es wird auch an der vollkommenen Schiffbarmachung der Flüsse gearbeitet. Weiters werden Vorbereitungen für die Gründung eines großen Elektrizitätswerkes für ganz Mittelböhmen in Prag getroffen. Die Durchführung des Planes ist auf sieben Jahre verteilt und wird pro Jahr einen Aufwand von etwa 185 Millionen Kronen erfordern.

In der Nachmittags Sitzung kamen noch die Abgeordneten Nemeš (tsch. Soz.-Dem.), Sontag (tsch. Agrar.), Burival (tsch. Nat.-Soz.), Schönbart (deutsch. Agrar.) und Benda (tsch. Soz.-Dem.) zu Wort. Letzterer verweist auf

die Korruption in der Slowakei, namentlich aber in Karpathonienland. Abg. Dubnil (Kommunist) verlangt die Unifizierung der österreichischen Arbeiterschutzbund- und Vereinigungsgesetzgebung. Es sprechen hierauf noch die Abgeordneten Matoušek (Nat.-Dem.), Genossin Deutsch (tsch. Soz.-Dem.) über die Sistierung der Einwilligung des Ehemannes bei Auslandsreisen der Frau; Abg. Spaček (Nat.-Dem.) und Kremen (tsch. Soz.-Dem.). Abg. Schweichhart (deutsch. Soz.-Dem.) fordert die schnellste Befreiung des einer demokratischen Republik unwürdigen Trügelpatentes und die Aufhebung des Standrechts in der Slowakei und in Karpathonienland. Höchst notwendig ist ein neues Vereins- und Versammlungsgesetz. Während man überall die sozialdemokratischen Versammlungen gegen die Reaktion zugelassen hat, wurden sie in Leiza, Daiba und Jallanau verboten. Es wäre notwendig, ein erstes Wort mit den übrigen Amtsleitern zu sprechen. Das von der Regierung vorgelegte Pressegesetz entspricht nicht den Anforderungen der Demokratie. Noch immer besteht dort das berüchtigte Kolportageverbot. Das Gesetz muß zurückgezogen und verbessert werden. Weiters spricht der Redner über die Koalitionsfreiheit der Gendarmerie und führt einige traurige Fälle der Vernachlässigung deutscher Gendarmen an. In unseren Forderungen gehört auch eine scharfe Kontrolle der Auswandererbüros. Der Ausbau der Elbehäfen von Laube und Pdenbach ist eine Notwendigkeit. Redner stellt schließlich einen entsprechenden Antrag.

Es sprechen noch die Abgeordneten Nemeš (deutsch. Nat.-Soz.) und Nemeš (tsch. Soz.-Dem.).

Gestern vormittags setzte der Budgetausschuß seine Beratungen in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. Beneš die Spezialdebatte über den Staatsvoranschlag für 1922 fort.

Berichterstatter Abg. Dr. Nemeš (tsch. Soz.-Dem.) referiert über Kapitel 9 (Vorbehalt des Ministerpräsidenten) und Kapitel 10 (Ministerium des Auswärtigen). Die Ausgaben des Ministerpräsidenten betragen zusammen 228.713 Millionen Kronen, die Einnahmen 233.685 Millionen. So daß sich ein Ueberschuß von ungefähr 4.972.000 Kronen ergibt. Er befaßt sich dann eingehend mit den Verhältnissen im tschechoslowakischen Pressbüro. Die Staatsdruckerei zeigt bemerkenswerte wirtschaftliche Resultate. Ausführlich spricht der Berichterstatter über das Budget des Bodenamtes und das Kapitel Außenministerium. Die Ausgaben sind mit einem Betrage von 287.472 Millionen präliminiert, die größtenteils aus der Agenda der Konsulate stammen, die Einnahmen mit einem Betrage von 20.679 Millionen Kronen. Es resultiert ein Defizit von über 266 Millionen Kronen. Von den Ausgaben entfallen auf die Zentralverwaltung 52.068 Millionen, auf die Konsulate 111.266, auf die Konsulate 124.138 Millionen Kronen. Der Berichterstatter betont sodann die Bedeutung des Propaganda- und Informationsdienstes nicht nur im Auslande zu uns, denn die feindliche Propaganda im Auslande muß durch richtige Information über unsere innerpolitischen Verhältnisse paralysiert werden. Trotzdem aus dem Budget ersichtlich ist, daß mehr ausgegeben wird, als für unsere Finanzen zuträglich ist, trotzdem wir 25 Gesandte und außerordentliche Minister, 67 Konsule und eine Reihe von anderen konsularfunktionären besitzen, empfiehlt der Berichterstatter schon deshalb den Voranschlag zur Annahme, weil das Ministerium des Auswärtigen der Friedenspolitik diene, weil es bisher der Republik gute

der Sachspiegel oder sonst ein mittelalterlicher Codex. Die Frau muß die Einwilligung des Mannes der Behörde vorgeigen, wenn sie eine Reise unternehmen will. Eine Abgeordnete, die beispielsweise im Auftrage ihrer Partei eine Auslandsreise zu unternehmen hat, ist auf die gute Laune ihres Mannes angewiesen. Trotz der Mann, dann stellt auch die Behörde keinen Paß aus und die Frau muß zubaufe bleiben. Die Abgeordnete Gen. Deutsch hat in launiger Weise diese Unzulänglichkeiten im Budgetauschuß geäußert und einen Antrag auf Sistierung der mittelalterlichen Paßverfugung eingebracht. Hat der Staat wirklich keine anderen Sorgen wie Männer mit unzureichenden Mitteln vor dem Durchbrennen ihrer Frauen zu schützen? Uebrigens, wenn eine Frau durchschneit, willigst sie kein Paßbeamte zurüd...

Wie man fragt. In der Budgetdebatte erzählte der tschechische Sozialdemokrat Binovec einen staatsantiken Fall aus der Wirklichkeit vom 27. Jänner 1921 wurde die gebundene Wirtschaft mit mineralischen Ölen, Benzin und Petroleum ausgeheben. Trotzdem „kontieren“ in der Karmelitergasse 18 noch immer achtzehn Vertragsbeamte, als ob gar nichts geschehen wäre. Einige andere Fälle erzählen die gestrigen „Mar. bei Listy“. Bei der Einrichtung des Außenhandelsamtes wurden ungeheure Summen hinausgeworfen, obwohl man wußte, daß dieses Amt nicht von Dauer sein werde. Die Einrichtung eines einzigen Zimmers im Präsidium kostete 60 000 Kronen. Auch die Reiseverordnungen der Beamten dieses Ministeriums werden dem Obersten Kontrollamt schickenswertes Studienmaterial sein. In die Exposituren der Ausschusskommission führen gleichzeitige zwei Präsidialisten, um dem Personal den Eid abzuschwören, obwohl das auch durch eine schriftliche Erklärung oder durch Vermittlung der politischen Bezirksverwaltung hätte geschehen können. Nämlich hätte zu diesem feierlichen Akt ein Beamter genötigt. Auch im Gebrauche von Druckorten wurde eine ungeheure Verschwendung in diesem Amt getrieben.

**Ausland.**

**Der Völkerrundrat für die Weltkriege.**

Das Sekretariat des Völkerrundrates verfaßt eine eisenlange Mitteilung, die mit den rühmlichen Worten anhebt: „Nicht bloß an der Wolga, sondern auch in Konstantinopel gibt es hungernde Russen“, und mit der Feststellung fortfährt, daß noch immer 40 000 Mann der Wrangelsarmee keine Versorgung gefunden haben, für welche also das Mitleid der Welt ausgerufen wird. Unsere Teilnahme gehört gewiß jedem, der keine Beschäftigung, kein Einkommen und keine Nahrung hat, und angesichts der wüthenden Kreatur sind wir sofort bereit zu vergessen, was für abgedankte Abenteurer sich unter Wrangels Fahnen gesammelt haben. Aber das mindeste, was an der Arbeit des Völkerrundrates, welches das Hungerelend der von einer elementaren Naturkatastrophe gepeinigten Millionen als Leimrute benützt, um mitleidige Gimpel für die beschäftigungslosen Landstroläher der Bevölkerung zu fangen. Für diese 40 000 wird ein pompöser Aufruf erlassen. Für die zahllosen Hunderttausende jedoch, die nicht eine blutbesetzte Armee, sondern die das stiebliche Meer der Arbeit ohne Brot am Straßenrande zurücklassen muß, gedrückt das Völkerrundratssekretariat ein eingeatmete Träne. Mit geringer Variation paßt auf die großen Herren der alte Satz: Sag mir, für wen du schnorrest, und ich sag dir, wer du bist.

**Feuilleton.**

**Fjodor M. Dostojewski.**

Zu seinem 100sten Geburtstag.

Dostojewski ist in seinem Werk nicht nur ein Schilderer russischer Verhältnisse, ist auch nicht nur der Dichter, der um das russische Wesen einen verklärten Glorienschein webt, er ist mehr: der größte Prophet des russischen Volkes, und sein Leben und Schaffen ist von der Ueberzeugung beschwingt, daß Rußland dazu berufen sei, die Kultur des Westens richtunggebend zu beeinflussen und sich umzuformen. Sein Glaube ist, daß nur aus der Tiefe des Volkes die Kraft kommt, die stark genug ist die große, entscheidende Umwandlung der Welt zu vollbringen.

So weit gesamt und doch waschselreich wie das Gesamtwerk Dostojewskis, war auch sein Leben. Geboren am 11. November 1821 im Armenhospital zu Moskau, wo sein Vater arm ist, verlebte Fjodor Michailowitsch eine arbeitsreiche Jugend. Die Eltern und fünf Kinder hausten in zwei Zimmern. 1837 kommt Dostojewski nach Petersburg auf die Juvenerschule, und hat zeitweise nicht einmal eine einzige Kopete. Von hier aus schreibt er seinen Vater: „Nimm Sie dann mitlich denken, daß

**Tages-Neuigkeiten.**

Ein Delfin in Obel. Eine hochbedeutende Meldung, überraschend und durch die Art der Schilderung überaus interessant, kommt aus Preßburg. In Obel begann am Dienstag ein neues Bohrloch unter Geländerauslauf eine so große Menge von Öl auszuwerfen, daß die ganze Umgebung in kurzer Zeit überflutet war. Der ausfließende Ölstrom erreicht eine Höhe von 80 Metern. Die Erudition ist von häufigen Gasen begleitet. Nach allem scheint man bei den Bohrungen endlich auf die Hauptquelle der Obeler Gruben getroffen zu sein, denn die Menge des beständig explodierenden Oeles ist eine so große, daß die in Taktteilen gesetzte Pumpen nicht genügen, die herausströmende Menge auszusaugen. Diese Meldung, die die „Robotnicki Novin“ brachte, wird durch folgende Nachricht des Preßbüros ergänzt: Rings um die Petroleumwelt werden tiefe Gruben aufgeworfen und Dämme für die Schaffung eines großen provisorischen Reservoirs, welcher bereits jetzt einem See gleicht, errichtet. Der Anblick auf diesen sich mit elementarer Kraft aus der Erde herausarbeitenden Reichtum ist überwältigend. — So überwältigend aber auch der Anblick des riesigen Ölstromes und des feststehenden Sees sein mag, so hochinteressant auch dieses Naturereignis ist, weitaus größer noch ist die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser köstlichen Oelüberschwemmung. Die Oelproduktion fast der ganzen Welt unterliegt bekanntlich der amerikanischen Standard Oil Company, an deren Spitze der Milliardär Rockefeller steht. Dieses ungeheure Unternehmen, das seine eigenen Bahnen, riesige Rohrleitungen, Raffineries usw. hat, beutet durch seine konzentrierten Einflüsse die Petroleumwelt der ganzen Erde aus. Der einfache Farmer im westlichen Amerika, der petroleumbrennende Pappländer, der sibirische Bauer, der arme Heimarbeitler droben im Gebirge — sie alle müssen Rockefeller ihren Tribut entrichten. Für den Erzeuger und für die Petroleumverbraucher der Republik wird dies aber nun — wenn die Nachricht von der Entdeckung der Hauptquelle in den Obeler Gruben auf Wahrheit beruht — mit einem Schlag anders. Denn dann hat die tschechisch-slowakische Republik die Möglichkeit, ihren gesamten Ölbedarf in Obel zu decken und den inländischen Konsumanten billiges Petroleum zu liefern. Es läßt sich hat die tschechisch-slowakische Regierung mit der Standard Oil Company einen Vertrag abgeschlossen, auf Grund dessen dieser das Schürfrecht in sämtlichen Ölgruben der Republik zusteht — mit Ausnahme der Gruben von Obel. Die tschechisch-slowakische Regierung hat nun die Pflicht, die Verwaltung dieser Gruben selbst zu übernehmen und dafür Sorge zu tragen, daß das überwältigende Naturereignis ein volkswirtschaftlicher Vorteil für die Gesamtbevölkerung werde.

„Die deutschbürgerlichen Kriegshelden auf der Anklagebank!“ Unter diesem Titel flattert heute zu Tausenden ein Flugblatt durch die ganze Republik, das herabgeworfen vom Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die verantwortungslos, doppelzüngige Polizei der Deutschbürgerlichen während der nunmehr überwundenen Krise und ihre beispiellose sklavische Deye gegen die Sozialdemokraten aufzeigt. Im Abgeordnetenhaus haben sie durch ihren Verbandsobmann Kregel erklären lassen: „Klagt dem geschwägigen Zwange, rückt ein und tut eure Pflicht!“ Inoffiziell aber schreiben sie, und ekelümmert die, die daraus entstehen, zur Sabotierung der Einrückung. Ob-

Ihr Sohn zuviel verlangt, wenn er Sie um Unterstützung angeht? — Ich will aber Ihre Notlage berücksichtigen und gänzlich auf Tee verzichten. — 1846 erscheint Dostojewskis erstes Buch: „Arme Leute“. Drei Jahre später wird er in die Petroschonskische Verschwörung verwickelt, der Dostojewski innerlich fremd gegenüber steht, wird zum Tode verurteilt, auf dem Richtplatz jedoch begnadigt. Darüber schreibt Spechnjow: „Als man die Verurteilten nach dem Seemjonowischen Platz gebracht und drei von ihnen an die Pfosten gebunden hatte, war Fjodor Michailowitsch tief erschüttert, bevor aber nicht die Fassung. Er war bleich, bestieg aber ziemlich rasch das Schafott, er zeigte eher nervöse Hast, als Gebrochenheit. Man wartete nur noch auf das Kommando: „Feuer“, und alles wäre vollbracht. In diesem Augenblick winkte man mit einem Tuch, und die Hinrichtung wurde sistiert. Als man aber Grigorjew, — es war noch derselbe, der noch in der Festung den Verstand zu verlieren begonnen hatte, vom Pfosten lösband, wurde er blaß wie der Tod und verlor endgültig den Verstand. Erörterten zu wollen, welchen Eindruck diese Minuten hinterließen, wäre ein müßiges Beginnen, da die Sensibilität eines Künstlers von so viel großen Dostojewski einer war, von Dritten

wohl sie wissen, daß die deutschen Sozialdemokraten bei der Abstimmung über die Regierungserklärung in beiden Kammern selbstverständlich gegen die Regierung stimmten, verbreiteten sie die schamlose Lüge, die Sozialdemokraten seien für den Krieg. Wichtig ist aber das Flugblatt den Deutschbürgerlichen die Anklage ins Gesicht: „Die vierzehn Toten von Grastitz sind nicht nur die blutigen Ankläger gegen die Billigung und das herrschende System, sondern auch gegen diese unverantwortliche, verbrecherische Taktik. Wären die Sozialdemokraten gleich gewissenlos gewesen, wären sie nicht vielmehr der lumbigen Verführung der Massen unerstickt entgegengetreten, der Standrecht hätte wohl heute auf vielen Teilen des Reiches und anstatt der 14 Opfer von Grastitz wären wohl Hunderte Tote zu beklagen. Das hat die von ihrem Verantwortungsgesühl getragene, besonnene Haltung der deutschen Sozialdemokratie verhindert.“ Und dann hält das Flugblatt fürchterliche Abrechnung mit den Deutschbürgerlichen, den Kriegshelden und Siegfriedern von gestern, die heute mit der hundertfachen Masse ehrliebedürftiger, von den Taten der Annexion Bosniens bis zu ihrem Siegesjubel noch in den letzten Wochen des Weltkriegs, wird ihnen vorgehalten, und zwar so deutlich vorgehalten, daß kaum ein Wort von der Anklagebank zurückhalten wird auf der sie geschmettert sitzen.

Zu dumm! Die „Mar. bei Listy“ brachten vor Kurzem einen Artikel, den der Verfasser mit dem tiefen Bedauern darüber schloß, daß so viele Tschechen immer noch deutsche Namen tragen. Da „zum Glück Namen nicht in die Haut eintrüben“, empfiehlt er allen Tschechen, dieses schwere Uebel mit sich herumzutragen, sofort um Namensänderung anzusuchen. Man möge uns helfen! Man möge den Tschechen sagen am Namen erkennen! Auch der Staatsrat dürfte die Aktion zu gute kommen, erhöht würde“ — so schließt der Artikel, der von Dr. Herben gezeichnet ist. Diese Unterschrift ist wohl das Dummste an der ganzen Urkunde Sache. Denn warum hat sich denn Herr Dr. Herben nicht schon über um die „einst beherrschenden Striche und Säulen“ umgesehen, ohne die sich nach seiner Meinung ein Tscheche gar nicht sehen lassen kann? Wahrscheinlich will Herr Dr. Herben, der Ministerpräsident, damit warten, bis die Taxe für Namensänderung seinem Ehrgeiz angemessen erhöht wurde.

Wenn die kommunistischen Vertrauensmänner Reichens erst zusammenkommen, so ist das, zumindest für die Kommunisten und den „Vorwärts“, eine äußerst wichtige Sache — früher einmal gewesen. Heute ist das eine Angelegenheit, die der „Vorwärts“ mit dreißig Zeilen abtut, in denen überdies nur Bedeutungsloses steht. Im Samstagsverfassen sich die Reichensberger kommunistischen Vertrauensmänner zu einer Konferenz, die nachdem sie schon zweimal verschoben worden war, von „nur“ (sagt der „Vorwärts“) 250 Personen besucht wird. Das ist nicht nur, was der „Vorwärts“ schreibt, ein „leider ziemlich mittelmäßiger“, sondern ein miserabler Besuch, zumal wenn man berücksichtigt, daß auf der Tagesordnung „Der Vereinigungsparität und die politische Lage“ stand. Da es interessanter sich eben nicht einmal mehr die kommunistischen Vertrauensmänner für die „Arbeiter“ des Herrn Kreibitz, es reigte sie Samstag nicht einmal mehr der Konstand, daß ein gewisser Gennari der Umferenz in italienischer Sprache seine Eindrücke vom glorreichen Ver-

kaum reiflos nachgeföhlt werden kann. Näheres über die seelische und geistige Wirkung dieses Augenblicks ist in „Der Idiot“ nachzulesen. Die Jahre in Sibirien erträgt Dostojewski mit der Geduld eines Menschen, der weiß, um ein Wort Nietzsche zu gebrauchen, daß er dem Schicksal halten muß, was es ihm verspricht. Nach vierjähriger Zuchthausstrafe wird er „Staatsverbrecher Dostojewski“ auf ein Gefuch hin begnadigt, als gemeiner Soldat die restlichen sechs Jahre in halbfreier Zwangsarbeit verbringen zu dürfen.

Die Jahre 1865 bis 1869 verfolgten den Dichter hartnäckig mit Unglück. Nach dem Tode seines Bruders Michael, der die Zeitschrift „Zeit“ herausgab, wo Fjodors erster großer Roman „Erniedrigte und Beseidigte“ erschienen war, übernahm er selbst das Organ, kam mit der Zensur in Konflikt und ließ die „Zeit“ als „Epoche“ erscheinen, war gleichzeitig Redakteur, Korrektor und Autor, konnte sie aber trotzdem nicht halten und ging ein. In dieser Zeit starb auch seine Frau, mitellos und verschuldet blieb Dostojewski nur die Wahl zwischen Gefängnis oder Flucht. Er eilte ins Ausland und verlebte die Jahre in unbeschreiblicher Not, verheiratete sich abermals und schreibt 1870 von Dresden aus an den Dichter Mailow: „In

einigungsparität tag schilberte. Es geht eben „rückwärts, rückwärts, Don — Carlos.“

Die Deutschgelben fürchten sich, Rede zu stehen. Montag sprach der deutschgelbe Abgeordnete Jung, der sich erst in der Vorrede von unseren Genossen im Egerland eine gründliche Abführung geholt hatte, in einer öffentlichen Vereinsversammlung in Tetschen. Bevor es seine Rede abrollen ließ, sicherte der Vorsitzende unsern Genossen „vollste Redefreiheit“ zu. Nach dem Referat aber hieß es, daß die Genossen Grünauer, Schweidhart und Arnberg, die sich als Redner hatten vormerken lassen, nur zwanzig Minuten sprechen dürfen. Wir begreifen, daß die Gelben keine Ruhe haben, sich mit den Sozialdemokraten auseinanderzusetzen. Aber Erfolg hatte diese Taktik des Ausweichens in Tetschen nicht. Dann unsere Genossen sagten den Gelben genau so viel Wahrheit, als in zwanzig Minuten unterzubringen waren.

Die Frankierung der Briefpostsendungen nach dem Auslande. Die Briefpostsendungen nach dem Auslande werden sehr oft ungenügend frankiert, so daß die Adressaten das zweifache Porto zahlen müssen. Das Publikum wird daher aufmerksam gemacht, daß z. B. Briefe nach dem Auslande bis 20 Gramm mit 1 K 25 h, für jede weitere 20 Gramm mit 75 h zu frankieren sind. Postkarten nach dem Auslande mit 50 h, Druckachen (das höchste zulässige Gewicht 2 kg.) für je 50 Gramm 25 h und Warenproben (höchstes zugelassenes Gewicht 350 Gramm) bis 100 Gramm 50 h und für jede weitere 50 Gramm 25 h.

Verschärfung des Streiks der Wiener Krankenkassenärzte. Aus Wien wird uns gemeldet: Der Streik der Kassenärzte hat eine Verschärfung dadurch erfahren, daß die Apotheken von nächster Woche an den Krankenkassen keine Arzneien mehr auf Kredit, sondern nur gegen Vorbezahlung zu geben gewillt sind.

Der Nobelpreis für Anatole France. Aus Stockholm wird gemeldet: Die schwedische Akademie hat beschlossen, Anatole France den diesjährigen Nobelpreis für Literatur zu verleihen.

Vortrag Doynt Dr. S. Jitsh „Biologie und Weltanschauung“. Der durch seine Mendelstudien bekannte Vortragende wird unter Vorführung zahlreicher Vorhänge die Grundlagen des Lamarckismus und Mendelismus erläutern und ihre Bedeutung für die Weltanschauung klarlegen. Deutscher Freitag, 8 Uhr, im Volkshaus Institut, Prog. II, Binaria 3. Allgemeine zugänglich. Regiebeitrag vier Kronen.

Kampf mit einem Räuber. Gestern zeitlich früh erfahren Detektive, daß in der Blawoda die bekannten Räuber Franz Benda und Josef Davidil wohnen. Darum begab sich der Inspektor Schuchmann und der Detektiv Jücker mit Sicherheitswachleuten dahin. Der Detektiv ergriff zuerst den Benda und festelte ihn nach kurzem Kampfe. Inspektor Schuchmann stürzte sich auf Davidil, der im Bette lag und wollte sich seiner gleichfalls bemächtigen. Davidil zog zwei Revolver und schoß den Wochmann Johann Jiravsk in den Fuß. Dann schoß er noch zweimal, ohne zu treffen, konnte er aber dann nicht mehr weiterziehen, weil der Wochmann Jiravsk ihm mit dem Dienstrevolver in die Hand schoß und ihn so kampfunfähig machte. Die beiden Verletzten wurden ins allgemeine Krankenhaus überführt, von wo Davidil dann in das Sicherheitsdepartement abgeführt wurde, wohin auch Benda gebracht wurde. In der Wohnung der Räuber wurde eine Tasche gefunden, welche eine Waage, falsche Bärte, Raschüssel und Stemmisen enthielt.

In die Wolva gesprungen. Das Dienstmädchen Wenzelova Eim sprang gestern um zehn Uhr vormittags von der Hauptbrücke in die Wolva. Sie wurde jedoch von der Polizeiwache gerettet und ins allgemeine Krankenhaus überführt.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 2213, 100 Mark 3640, 100 schweiz. Franken 1713, 100 Lire 381, 100 franz. Franken 669 1/2, 1 Pfund Sterling 368, 1 Dollar 93 1/2, 100

letzten halben Jahre habe ich mit meiner Frau solche Not gelitten, daß unsere letzte Wäsche noch im Leihhause ist. — Wie kann ich arbeiten, wenn ich hungrig bin und sogar meine Hufe verfehlen mußte, um mir die zwei Taler fürs Telegramm zu verschaffen. Gole der Teufel mich und meinen Hunger. Aber sie, meine Frau, die jetzt ihr Kind stillt, mußte selbst ins Leihhaus gehen und ihren leichten warmen wollenen Rod verfehlen. Vier schneit es aber seit zwei Tagen. (Ich lüge nicht, sehen Sie nur in den Zeitungen nach.) Dieser Schrei aus tiefstem Elend würden Spalten füllen. Die Tatsache, daß Dostojewski in diesen fünf Hungerjahren verfolgt, einsam und unverständlich, seine besten Werke schrieb, will nichts besagen, denn es bleibt die Anklage bestehen: Was hätte dieser Mensch schaffen können, wenn es ihm möglich gewesen wäre, ungestört seiner Arbeit nachzugehen? Strachow, der das Schaffen Dostojewskis kannte, sagt, daß nur der zehnte Teil aller Romane, die in Fjodors Geist ausgereift waren, niedergeschrieben wurden, die Zahl der Themen jedoch, die er keine Zeit fand auszuarbeiten, eine unendliche war. Am 9. Februar 1881 starb Dostojewski in Armut und Einsamkeit, die ihm sein ganzes Leben lang nicht verließ.

Belg. Franken 87 1/2%, 100 Belg. 128 3/4%, 100 Dinar 116 1/2%, 100 Lei 48 1/2%, 100 österr. Kronen 1.84, 100 poln. Mark 3.15, 100 ung. Kronen 8.92 1/2 lsh. Kronen.

Aus dem Zentralvertrauensmännerauschuss beim Eisenbahnministerium.

An alle Turnusvertrauensmänner des Zugbegleitpersonals.

Mit Erlass Bl. 45.585/V1-21 vom 14. Oktober 1921 verfügte das Eisenbahnministerium, daß die Turnusse für die Zugbegleiter auf Grund der Arbeitszeit der Zugleiter erstellt werden und nicht, wie es früher seit einer Reihe von Jahren üblich war, auf Grund der Arbeitszeit für Zugführer und Manipulanten.

Auf die Anfragen, welche aus allen Dienststellen an den Zentralvertrauensmännerauschuss gerichtet wurden, antworten wir folgendes: „Mit dem Zentralvertrauensmännerauschuss wurde nichts derartiges vereinbart und wenn daher die Vertrauensmänner nicht das beantworten können, was ihnen seitens der Bahnämter vorgelegt wird, haben diese bei verlangter Erstellung der Turnusse nach den neuen Richtlinien ihre Funktionen niederzulegen.“

Der Zentralvertrauensmännerauschuss wird im Einverständnis der Rahmenorganisationen alles unternehmen, um eine Regelung zu erzielen.

Prag, am 10. November 1921. Der Zentralvertrauensmännerauschuss beim Eisenbahnministerium.

\*) Wir erlauben alle übrigen Parteiblätter, dieses Kommuniqué abzufragen.

Der Sturz der Mark.

Eine Stimme in Frankreich.

Paris, 10. November. (Tsch.-P.) In der gestrigen Sitzung der Kammer sagte bei der Beratung der Finanzlage Frankreichs der Berichterstatter des Finanzausschusses Lathrie, der Sturz der deutschen Mark und der österreichischen Krone würden nur einen gelblichen Ankerstrich Deutschlands, aber nicht den wirtschaftlichen Bankrott herbeiführen, weil Deutschland seine gesamte wirtschaftliche Ausstattung bewahrt. Durch den Sturz der Mark werde der Mittelstand in Deutschland grausam in Mitleidenschaft gezogen und zeige deshalb die Tendenz, sich aus Verzweiflung der extremen Linken oder Rechten anzuschließen. In Deutschland gebe es nur einen Teil der Bevölkerung, der die Schulden Deutschlands begleichen könne, aber die Alldeutschen unternehmen alles, was sie können, um die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands unmöglich zu machen.

England gegen Jugoslawien.

Lloyd George fordert die Einberufung des Völkerbundrates.

Genf, 8. November. (Tsch.-P.) Das Sekretariat des Völkerbundes verlaunbart, daß es von der englischen Regierung nachfolgendes Telegramm erhalten hat: „Der ständige Vorkämpfer der jugoslawischen Truppen in Albanien ist geeignet, den internationalen Frieden zu stören und die englische Regierung hat den Wunsch, den Völkerbundrat auf diese Tatsache aufmerksam zu machen, wobei sie Sie ersucht, sofort Schritte zur Einberufung des Völkerbundrates zu unternehmen, um die Situation zu prüfen und Maßnahmen zu beschließen, welche

gemäß dem Wortlaut des Art. 16 für den Fall zu treffen wären, daß sich die jugoslawische Regierung weigern sollte, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen oder ihre Erfüllung zu verzögern. Die nunmehr von der Vorkämpferkonferenz festgestellten Grenzen Albanien werden den interessierten Parteien unverzüglich notifiziert werden.“ Unterschrift Lloyd George.

Die Konferenz von Vortrose.

Vereinfachung der Zollformalitäten. Vortrose, 10. November. (Davas.) Die Subkommission für Telegraphen- und Telefonverbindungen beantragte, daß bezüglich der Erneuerung des Betriebes einiger wichtiger telegraphischer Verbindungen, insbesondere der Linien Belgrad-Wien und Wien-Budapest Vereinbarungen getroffen werden. Die Subkommission für Eisenbahnverkehre empfahl außer der Dringlichkeit der Wiedereröffnung der bisher geschlossenen Grenzbahnhöfe, daß die wieder eingeführte direkte internationale Verbindung für Reisende und Güter in gewissen Punkten ergänzt werden. Ferner stellte sie fest, daß es dringend notwendig sei, die gegenwärtigen Zollformalitäten auf den Eisenbahnen sowie bei der Grenzüberschreitung zu vereinfachen.

Der türkisch-französische Vertrag.

Rückkehr der englischen Angriffe. Paris, 9. November. (Davas.) Einige ausländische Zeitungen haben Meldungen über das zwischen Franklin-Doullon und der Regierung von Ankara vereinbarte Abkommen gebracht, die in allen Punkten falsch sind. Es ist der gleiche Vertrag der seit dem 4. April im Besitz der türkischen Regierung ist und den Franklin-Doullon mit einigen bedeutungslosen Änderungen hat ratifizieren lassen. Das Märchen, nach dem das neue Abkommen durch einen geheimen Vertrag ergänzt worden sei, verdient keine Antwort. Frankreich hat nicht versucht, irgend einen Vorfall zum Schaden eines anderen zu erringen.

Die Reparationskommission in Berlin.

Berlin, 10. November. (Tsch.-P.) Der „Temps“ gibt folgenden Hred der Berliner Reife der Reparationskommission an: Um die Zahlung von 500 Millionen Goldmark am 15. Jänner sicherzustellen, hatte das Garantiekomitee eine Vorauszahlung für den 15. November und eine solche für den 1. Dezember vorgeschrieben. Die erste Zahlung sollte aus Zolleinnahmen bestritten werden, die zweite aus der Ausfuhrabgabe. Diese Garantievorschüsse sollten vier Fünftel der halben Goldmilliarde, die am 15. Jänner fällig ist, ausmachen. Die Reparationskommission wird sich darüber klar werden, welche Maßnahmen in dieser Richtung die deutsche Regierung ergriffen hat. Sie wird sich ferner mit den Bedingungen für Kredite befassen, welche die deutsche Industrie dem Reiche bewilligen will, ferner mit dem Rücksturz der Mark, mit der Gesundung des deutschen Haushaltes und mit der Schaffung neuer Einnahmequellen zur Erfüllung der Zahlungsbedingungen.

Vorstellung der neuen preussischen Regierung.

Berlin, 10. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Am preussischen Landtag stellte sich der neue Ministerpräsident Braun mit einer Programmrede vor. Als Aufgabe des neuen Kabinetts bezeichnete er die volle Heranziehung des Volkes zu den Steuerleistungen, Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftslebens und zum Aufbau der sozialen Gesetzgebung, Kampf gegen wucherische Preistreiber. Eine der wichtigsten Aufgaben wird es sein, die

Verfassung zu sichern und zu festigen. Das Motto für die Schaffung der großen Koalition sei das Bestreben gewesen, mehr Festigkeit und Sicherheit in die preussische Politik zu bringen. Es sollte eine Einheitsfront gebildet werden, um Land und Volk vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Nach dem Ministerpräsidenten sprachen die Vertreter der Regierungsparteien. Morgen wird die Opposition zu Worte kommen.

Deutschlands Eisenbahner gegen die Entlastung der Eisenbahnen.

Berlin, 10. November. Die Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnbeamten und Arbeiter der Reichsbahnen sprachen sich heute in einer Verammlung mit großer Schärfe gegen die Entlastung der Eisenbahnen aus. In einer Entschließung lehnen sie aus vaterländischen und wirtschaftlichen Gründen einer Reduzierung der Reichsbahnen ab und erklären, daß sie darauf perichieten Beitreibungen mit der größten Entschiedenheit entgegenzutreten und auch vor der Anwendung äußerster gewerkschaftlicher Mittel nicht zurückschrecken werden.

Eine Sitzung des Völkerbundrates über Albanien.

Genf, 9. November. (Tsch.-P.) Der Völkerbundrat ist für Freitag den 18. d. zur Besprechung des serbisch-albanischen Konfliktes nach Paris einberufen.

Uster gegen den irischen Ausgleich.

London, 9. November. (Tsch.-P.) Das in London eingetroffene Usterkabinett hielt heute unter dem Vorsitz Craig eine Sitzung ab und stimmte, nachdem Craig über die Lage Bericht erstattet hatte, der von ihm im Sinne Usters bewiesenen Haltung zu.

Stimmunt muß sich rechtfertigen.

Warschau, 9. November. (P.A.) Der Ministerrat nahm den Gesetzentwurf betreffend die Kriegsgewinnsteuer sowie das Gesetz betreffend die Vermögensabgabe an. Die Verfassungscommission beendete die erste Prüfung des neuen Wahlordnungsentwurfes. Minister Stimmunt wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten eine Reihe von Anfragen über die auswärtige und innere Politik Polens beantworten. Die größte Zahl von Anfragen haben die Abgeordneten der Volkspartei bezüglich des tschechisch-polnischen Vertrages angelündigt.

Kleine Chronik.

Das verheerte tschechische Klausen. Das kleine, alte tschechische Klausen zwischen Brünn und Wien ist am 9. August dieses Jahres von einer Katastrophe heimgesucht worden. Die entseelten Wasser des Eisbach waren Schutz und Schloß in die Stadt und verheerten einzelne Teile bis zur Unkenntlichkeit. Vor drei Monaten hat sich das Unheil zuerst, bevor es Allereisten war es der Bevölkerung Klausens noch immer nicht möglich, die Stätten der Toten auf dem Ortsfriedhofe zu besuchen. Dieser steht tief unter Wasser, nur die Spitzen der Grabkreuze ragen aus der traurigen, schlammartigen, stinkenden Flüssigkeit. Der „Durchbruch“ ist den italienischen Technikern nicht gelungen, Klausen wird aller Voraussicht nach zu einem guten Teile während des kommenden Winters bereit werden.

Ein Hundertmillionenplan in Wien. In der letzten Sitzung der Stadivertordneten hat der Räter Stadtbauer Prof. Schumacher einen Plan entwickelt, der die tschechische Rumpfe der neuen großen Strohenbrücke über den Rhein mit einem Riesenstrebepfeiler abschließen will. Gemaltene Wolkenkratzer werden die Bauten flankieren. Der Bau soll unter architektonischer Oberaufsicht der Stadverwaltung von einem privaten Konsortium ausgeführt werden. Die Baukosten werden zur Stunde auf 100 bis 120 Millionen Mark geschätzt. Wie hoch sie bei weiterer Wertsteigerung ansteigen können, ist natürlich nicht abzusehen.

Niedrige Erhöhung der österreichischen Postgebühren. Wien, 9. November. Nach einem von österreichischer Stelle ausgearbeiteten Entwurfe werden vom 1. Dezember die Postgebühren um 100 bis 150 Prozent, die Telegrammgebühren um 300 Prozent, die Telefongebühren im Postverkehr um 12 Prozent und für Interurbansprache um 200 Prozent erhöht. Bezüglich der Erhöhung der Eisenbahntarife wird an österreichischer Stelle an einem Entwurfe gearbeitet, demzufolge keine festen Tarife nominiert, sondern daß Zeit zu Zeit entsprechend der Goldkrone oder der Normalkrone berechnet werden sollen.

Früher Winter in Amerika. Washington, 10. November. In den Staaten des mittleren Westens ist der Winter hereinbrochen. In einigen Staaten werden starke Schneewehen gemeldet.

Aus der Partei.

Eine Bezirksparteihaufe in Galizien. Sonntag, den 13. November, wird in Aulischin für die Orts- und Bezirksparteihäufe die Bezirksparteihaufe eröffnet. Es werden vorgetragen: „Das sozialdemokratische Programm“, Genosse Rudolf Raiber, „Geschichte des Sozialismus“, Genosse Friedrich Linsora, „Kommunalpolitik“, Genossin Jolka, „Die Gewerkschaftsbewegung“, Genosse Stefan Lin und „Aufgaben der Funktionäre“, Abg. Genosse Hans Roff.

Dienstag Klubtagung der Abgeordneten. Der Klub der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hält Dienstag, den 14. November, um vier Uhr nachmittags im Sitzungszimmer des Abgeordnetenhauses eine Klubtagung ab.

Kunst und Wissen.

Neues deutsches Theater. Heute Freitag Gastspiel Theater „Kaiserslautern“. Samstag nachmittags 2 Uhr Klassiker-Vorstellung „Marie Stuart“, 7 Uhr abends „Reiter aus Dinsdorf“, 10 Uhr Nachvorstellung „Lustige Leute“. Sonntag abends 7 Uhr „Kuhreigen“.

Schließ volkswirtschaftliches Sonntagkonzert. 12. November, halb 4, Produktionsbörse. Solistin: Elise Prömse Schöne mann. Zur Aufführung gelangen ausschließlich Lieder von Hugo Wolf, u. a.: Denk es, o Seele, Verborgenheit, Cophtisches Lied, ferner je eine Gruppe geistlicher Lieder und aus dem italienischen Liederbuch. Karten von Kr. 5-12 und Steuer bei Wegler.

Turnen und Sport.

Die „Deutsche Sportzeitung“, das offizielle Organ des D. Ruch-Verbandes in Böhmen, hat ihr Erscheinen endlich eingestellt. Sie war eigentlich das Stuborgan des Tepl. A. R., der in den Verband beherichtet. Die Einstellung wird wohl vielen Vereinen, die durch Abnahme von Blatts exemplaren sehr belastet waren, willkommen sein, da das Blatt freiwillig von niemandem gekauft wurde.

Liebesgaben. Die tschechische Mannschaft, die Sonntag gegen die Ausnahm Mannschaft der G. O. spielt, wird dieser einen Goldpokal übergeben. Damit sich die heimische Mannschaft veranlassen wird, ist noch unbekannt, jedenfalls dürfte sie eine sichere Niederlage in drei Setzmal mitbringen.

Der Prager D. A. C. hat Sonntag die sehr vielstärkste „Viktoria“-Mannschaft aus Rikowo zu Gast (halb 11, D.F.C.-Platz). Das Spiel dürfte, wie alle vorhergehenden dieser Mannschaften, ein sehr interessantes werden. Morgen nachmittags spielt D. A. C. alte Herren gegen Viktoria Rikowo alte Herren und E. A. Rusle gegen A. B. R. Drichowice.

Herausgeber: Dr. Lubovia Gsch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Sonntag 1/2 Uhr 300 D.F.C. PL.

D.F.C. - VIKTORIA Z.

PALMA Der unverwüstliche Kautschuk-Schuhabsatz

BIO LIDO 299 Premiere Duell mit Gott! Drama in 6 Teilen nach gleichnamigem Roman. Letzter Film der A.-B. Fabrik. SVETOZOR 298 !! Magdalena !! Verfilmter Roman J. S. Machaf. Musik verfasst von Karl Weiss. Künstlerisches u. gesellschaftliches Ereignis

Reserviert für: MERL & WEISS FACHMANN. BURO-EINRICHTUNGEN PRAß, NARODNI 23a. 141

Reserviert für: Bürsten, Pinsel und Reisbesen liefern in garantiert bester Qualität Brüder Zappner, Prad, Mikulasska 24. Fabrik Wrschowitz 666. Arbeiter, Parteigenossen! Verlangt in allen Lokalen, in denen ihr verkchrt, den „Sozialdemokrat“.

CAFÉ ELEKTRA PRAO-WEINBEROE, beim Museum, neben dem Deutschen Theater. TREFFPUNKT DER GENOSSEN Telephon 4854. 124

Sanatorium Russig-Kleische nimmt keine Geisteskranken mehr auf Aufnahme finden 134 Innere und Nervenkranken.